

KOMMENTAR ZUM RECHTSTERRORISMUS

Wie Fische im Wasser

Seit Mao beherzigen Terroristen das Bild vom Kämpfer, der sich wie ein Fisch im Wasser bewegen müsse. Er ist danach der Fisch, die Bevölkerung ist das Wasser. In den 70er und 80er Jahren gab es ein Klima von linker Gesinnung, die mehr oder weniger in den linksextremistischen Bereich hineinreichte und Räume entstehen ließ, in denen Linksterroristen untertauchen konnten. Sie wollten ein anderes System von links mit Mord und Gewalt herbeiterorisieren. Offenkundig ist lange übersehen worden, dass sich in Deutschland längst ein „rechtes“ Wasser gebildet hat, in dem „rechte“ Fische den Systemumsturz von rechts betreiben.

Die Grenzen aufzeigen

Dem Bild Maos entspricht das seit einigen Jahren rapide zunehmende Gefühl von Rechtsextremisten und Neonazis, keine ausgegrenzten Außenseiter mehr zu sein. Dass im Umfeld der Proteste von Chemnitz der Hitlergruß gezeigt, Nazi-Sprüche gerufen und Ausländer sowie ein jüdisches Lokal attackiert wurden und bald darauf auch in Dortmund Neonazis für Stunden unbefähigt die Straßen mit rassistischen und antisemitischen Parolen beherrschen konn-

ten, bedeutet in diesem Zusammenhang eine besorgniserregende Wasserstandsmeldung. Es ist deshalb gut, wenn Generalbundesanwalt Peter Frank hart durchgreifen lässt und rechtsextremistischen Aktivisten die Grenzen zwischen demokratischem Protest und verbotenem Terror aufzeigt. Es bleibt jedoch zu wünschen, dass er deutlich mehr Material hat als Glasflaschen, Quarzhandschuhe und einen Elektroschocker auf der Schlosssteichinsel von Chemnitz. Denn es wäre verheerend für die leicht entflammbare Stimmung im Frühjahr 2018 wenn am Ende vor allem der Verdacht stünde, hier habe eine dem SPD-Justizministerium unterstehende Behörde den relativierenden Äußerungen einer dem CSU-Innenministerium unterstehenden Behörde etwas entgegenstellen wollen.

az-politik@zeitungsverlag-aachen.de

GREGOR MAYNTZ



ZUR PERSON

Ein Rivale für Weber



Alexander Stubb, finnischer Christdemokrat

Die Vorstellung, dass der künftige Präsident der Europäischen Kommission morgens zunächst schwimmen geht, danach ein paar Radkilometer abspult und schließlich noch eine lange Strecke läuft, mag etwas befremdlich sein. Sollte die Wahl auf Alexander Stubb fallen, könnte aber genau das passieren. Der 50-jährige finnische Christdemokrat und frühere Ministerpräsident seines Heimatlandes wird heute vor der christdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlamentes in Straßburg sprechen – und dabei seinen Hut in den Ring für die Europawahl 2019 werfen. Das heißt: Stubb will Spitzenkandidat und danach Chef der wichtigsten EU-Behörde werden. Und er tritt gegen seinen Par-

teifreund, den deutschen CSU-Politiker Manfred Weber, an. Der Vorsitzende der größten Fraktion in der Abgeordnetenversammlung hatte bereits vor einigen Wochen seine Kandidatur erklärt. Nun müssen beide ihre Parteifreunde sammeln. Entschieden wird am 8. November bei einem Treffen der Europäischen Volkspartei, dem Dachverband der Christdemokraten, ausgerechnet in Helsinki – für Stubb wird es ein Heimspiel. Für Weber wird das nicht leicht. Stubb kann vieles vorweisen, was dem Bayern fehlt: Der Finne hat Regierungserfahrung, gilt als bestens vernetzt, spricht neben seiner Muttersprache Englisch, Französisch und Deutsch fließend und ist mit einem Selbstbewusstsein gesegnet, das ihn zu einem beliebten und vielzitierten Politiker macht – auch heute noch. Seit 2017 arbeitet er als Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Luxemburg. Das ist die Hausbank der EU, die mit ihren Krediten sozusagen als finanzieller Arm der EU fungiert.

INTERVIEW ZUM REFORMBEDARF IN DER KATHOLISCHEN KIRCHE

Kontrolle, geteilte Gewalten und die weibliche Perspektive

Was der Kirchenrechtler Schüller von den Bischöfen fordert. Aber er ist sehr skeptisch, dass sie das, was notwendig sei, auch tatsächlich schaffen.

**AACHEN** Der Missbrauchsskandal hat die katholische Kirche nach Ansicht des Kirchenrechtlers **Thomas Schüller**, Direktor des Instituts für Kanonisches Recht an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster, in eine moralische Katastrophe geführt; sie habe „im Moment jegliche Glaubwürdigkeit in diesem Punkt verloren“. Mit ihm sprach unser Redakteur **Peter Pappert**.

*Herr Professor Schüller, wer muss die moralische Glaubwürdigkeit der Kirche wiederherstellen?*

**Schüller:** Zuvörderst die jetzt im Amt befindlichen Bischöfe. Sie haben ihre Scham und Betroffenheit geäußert; aber das ist nicht mehr ausreichend. Die betroffenen Opfer erwarten, dass jemand Verantwortung übernimmt. Versöhnung ist erst möglich, wenn jemand zu seiner Verantwortung steht und dafür sorgt, dass so etwas nicht mehr passiert. Auch die noch nicht so lange amtierenden Bischöfe müssten die Verantwortung ihrer Vorgänger übernehmen. Das wäre wirklich entlastend. Nur so gewinnt man Glaubwürdigkeit zurück.

*Was heißt das konkret?*

**Schüller:** Die Bischöfe müssen ungeschminkt reden. Es muss klare Pläne zur Prävention geben. Leitende klerikale Mitarbeiter in einzelnen Bistümern dürfen nicht länger denen, die aufklären wollen, Knüttel zwischen die Beine werfen. Man muss den Ursachen für Missbrauch ohne Rücksicht auf Verluste nachgehen.

*Das heißt?*

**Schüller:** Das heißt: tabuloses, ehrliches Sprechen über Homosexualität. Es gibt immer noch die Norm in der Ordnung für die Priester Ausbildung, dass homosexuelle Priesteramtskandidaten nicht zur Weihe zugelassen werden dürfen. Was machen die also? Sie versuchen in den fünf Jahren im Seminar alles, um ihre Orientierung zu kaschieren. So ist ein natürlicher Zugang zur eigenen Sexualität gar nicht möglich.

*Ihre Forderungen gehen weiter.*

**Schüller:** Allerdings. Es muss endlich strukturelle Gewaltenteilung

eingeführt werden. Es geht nicht, dass Kleriker sich nur selbst kontrollieren. Männer und Frauen des Volkes Gottes müssen die kirchliche Verwaltung kontrollieren; und dazu gehört auch der Personaleinsatz. Es ist ganz wichtig, dass Frauen in der Kirche mitentscheiden, denn sobald Frauen dabei sind, ändern sich sofort die Perspektiven und das ganze Miteinander.

*Wird es solche Schritte geben?*

**Schüller:** Ich bin sehr skeptisch, ob es überhaupt – geschweige denn schnell – gelingt. Ich bin skeptisch, ob Menschen verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Denn das ist der gravierendste Vertrauensverlust, den ich in mehr als 30 Jahren meiner Tätigkeit erlebt habe.

*Akten sollten offengelegt und von unabhängigen Experten untersucht werden. Können die Verantwortlichen in den Bistümern*



*Sie sprechen von klerikalen und männerbündischen Strukturen, von einem absolutistischen System. Sind die Bischöfe selbst überhaupt in der Lage, das zu ändern?*

**Schüller:** Nur die Bischöfe können es tun, aber sie brauchen unbedingt Un-

trag der Stiftung im Frühsommer mehr als 3400 Wahlberechtigte befragt. Sie sollten angeben, welche Partei sie bei der Bundestagswahl 2017 gewählt haben und wo sie sich auf einer Links-rechts-Skala selbst verorten. Außerdem sollten sie bestimmte Aussagen bewerten – zum Beispiel zur Frage der „Volksouveränität“ und zur Einschätzung der politischen Elite.

Sieben von zehn Wahlberechtigten, die populistische Positionen gut finden und sich selbst politisch rechts verorten, wählen demnach die AfD. Dass die Partei von Alexander Gauland und Jörg Meuthen trotz der teilweise rechtsnationalen Äußerungen ihrer Spitzenfunktionäre auch in der politischen Mitte Wähler mobilisieren kann, liegt nach Einschätzung der Forscher am populistischen Angebot der Partei, die sich – obgleich inzwischen in fast allen Parlamenten vertreten – weiterhin als Speerspitze der Bürger im Kampf gegen das sogenannte „Establishment“ inszeniert.

Allerdings hängt die „gläserne Decke“ beim Wählerpotenzial für die AfD den Angaben zufolge relativ niedrig. In der Befragung gaben

71 Prozent der Wahlberechtigten an, sie würden die AfD „auf keinen Fall wählen“. Das ist mehr als bei jeder anderen im Bundestag vertretenen Partei. Über die Linkspartei sagen dies 51 Prozent. Die Grünen halten 31 Prozent der Studien-Teilnehmer für unwählbar. Bei der FDP und den Unionsparteien sind es noch 29 Prozent.

SPD hat das größte Potenzial

Die SPD ist in den vergangenen Wochen zwar von einem Umfragetief zum nächsten getaumelt. Das Po-

tenzial der Sozialdemokraten ist aber zumindest theoretisch weiterhin das größte aller Parteien. Nur 23 Prozent der Wahlberechtigten würden auf keinen Fall SPD wählen.

Die Studie zeigt außerdem: Politiker, die deutlich höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau fordern, können bei den Wählern aktuell besonders viele Punkte sammeln. Wer sich gegen mehr Volksabstimmungen und für die Aufnahme von „sehr vielen neuen Flüchtlingen“ ausspricht, riskiert dagegen laut Umfrage seine Beliebtheit beim Wahlvolk.

STRATEGIEN GEGEN POPULISMUS

„Mehr auf Themen der Sozialpolitik setzen“

**Die Autoren** der Populismus-Studie empfehlen, vor allem auf sozialpolitische Themen wie „steuerpolitische Umverteilung“ und „Wohnungsbau“ zu setzen, um populistisch eingestellte Menschen zu erreichen. Auch die Forderung nach „mehr Europa“ bleibe eine von allen Parteien nach wie vor ungenutzte

Chance zur Mobilisierung.

**Die Präsidentin** des Sozialverbands VdK, Verena Bentele, sagte, die Politik müsse dem Populismus durch mehr Gerechtigkeitsthemen entgegenwirken. Als Beispiele nannte sie eine ausreichende Rente, bezahlbaren Wohnraum, gute Pflege- und Gesundheitsversorgung sowie gleiche Bildungschancen. (kna)



Kurze Sätze, knallige Schlagworte: Im Wahlkampf setzen alle Parteien auf populäre Parolen.

FOTO: DPA

**Klartext gegenüber den Bischöfen: Kirchenrechtler Professor Dr. Thomas Schüller von der Universität Münster.** FOTO: ANDREAS SCHMITTER